gedeckt hat, und noch weniger findet er ein Wort für den Zusammenschluß des Proletariats.

Liebmann benutzt die Gelegenheit, um „die völlige grundsätzliche Uebereinstimmung mit den freien Gewerkschaften", d. h. mit ihrer jetzigen Führung, zu proklamieren. Einverständnis also mit den Leipart und Graßmann, die das Bündnis mit Stinnes propagieren, Einverständnis mit Jäckel, der offen die Stahlhelm-Sozialisten der ASPS in Schutz nimmt. Dafür aber die Ankündigung: **„Wir werden auch den Kampf gegen die Kommunisten führen."**

Liebmanns Parole: „Für die proletarische Landtagsmehrheit, für die Republik, in der die rote Fahne der Sozialdemokratie siegreich wehen soll," heißt das in diesem Zusammenhang nichts anderes als „Eroberung der Staatsmacht" durch den Stimmzettel, Regierung mit Duldung der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat?

In der Diskussion zu diesem Referat sagte ein Arbeiter:

„Wenn wir die Macht bekommen, müssen wir sie ebenso rücksichtslos ausnutzen, wie es die Bürgerlichen getan haben. Auch der parlamentarische Kampf muß nach den Grundsätzen des Klassenkampfes geführt werden."

Das ist eine sehr richtige und notwendige Einsicht, die die sächsischen Arbeiter bei dem bevorstehenden Wahlkampf leiten muß. Das Zeichen zum Sammeln hat für die Bourgeoisie der Stahlhelm im Verein mit den anderen Wehrverbänden ausgegeben. Die Bourgeoisie gibt damit zu verstehen, daß sie sich in den Kampf um die Macht nicht auf den Stimmzettel beschränken will. Gerade das sächsische Proletariat hat im Jahre 1923 am eindringlichsten die Lehre eingebläut bekommen, daß das Proletariat sofort auf den bewaffneten Widerstand der Bourgeoisie stößt, wenn es einen ernsthaften Versuch macht, seine Klasseninteressen in der demokratischen Republik durchzusetzen. Es ist eine törichte Illusion, zu glauben, daß die sächsische Arbeiterschaft auch nur den geringen Nutzen aus einer Stimmzettelmehrheit ziehen kann, **wenn nicht ein organisiertes, kampfbereites, wehrhaftes, geeintes Proletariat hinter dieser parlamentarischen Mehrheit** steht.

Die Landtagswahl an und für sich kann und wird nicht mehr sein als ein Gradmesser der Kampfstimmung und der politischen Reife der arbeitenden Bevölkerung Sachsens. Aber der Wahlkampf kann viel mehr sein, kann ein Auftakt zu den kommenden großen Klassenkämpfen, kann ein Schritt zur Bildung der Einheitsfront des Proletariats, kann ein Kampfsignal für die ganze deutsche Arbeiterschaft werden.

Dazu muß der Wahlkampf allerdings in ganz anderem Geist geführt werden, als die Schützinger und Liebmann wollen. Im Vordergrund des Kampfes muß die Einigung des Proletariats stehen, die sich nicht auf dem Boden der Parlamente vollzieht, sondern in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Massenorganisationen des Proletariats. Dem Stahlhelmblock muß **die rote Front entgegengestellt** werden, die das Proletariat zur tatkräftigen Abwehr der reaktionären Gewalt vereint. Mit der Wahlpropaganda muß die **Agitation und** die Organisation für den **Kongreß der Werktätigen** gehen, der das Rückgrat der proletarischen Massenbewegung sein soll, die allein dem Vormarsch des sächsischen Proletariats einen festen Halt im Reich geben kann.

Die sächsische Frage kann nicht in Sachsen allein entschieden werden. Das haben die Ereignisse von 1923 zur Genüge gezeigt. Darum muß die sächsische Wahlkampagne nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen Reich geführt werden, sie muß die Arbeiter überall gegen die Koalitionspolitik, für den revolutionären Kampf sammeln. Ueberall muß der Gedanke in die SPD-Arbeiterschaft hineingetragen werden, daß **es zwischen Koalition und Revolution keinen Mittelweg gibt.**

Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen vor der Wahl: entweder neue Kompromisse mit der Bourgeoisie, neue Koalition und neuer Zusammenbruch der Koalitionspolitik, oder Bruch mit aller Koalitionspolitik und gemeinsamer Kampf mit den Kommunisten. Die eindeutige Stellung dieser Frage ist die Hauptaufgabe unserer Partei beim sächsischen Wahlkampf.

Pyrrhussieg des spanischen Diktators

Madrid. (Eigener Drahtbericht.) Trotz des wüstesten Wahlterrors ist das Stimmenergebnis bei der „Volksbefragung" für die Diktatur Primo de Riveras katastrophal ausgefallen. Von 11 Millionen Stimmberechtigten haben bis jetzt ganze 5 Millionen sich eingezeichnet, in Buenos Aires haben von 500 000 Spaniern sich ganze 10 218 zugunsten Primos eingezeichnet auf Cuba haben 25 000 und in der Stadt Mexiko 11 000 Spanier für den Diktator gestimmt. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß alle diejenigen, die für Stimmenthaltung agitierten, sofort ins Gefängnis geworfen und den Arbeitern in den städtischen und staatlichen Betrieben mit Hinauswurf gedroht worden war, falls sie sich nicht an der Unterzeichnung beteiligten. Dieser „Sieg" bedeutet also praktisch eine vollständige Niederlage des Diktators.

Heraus zur Gewerkschaftskundgebung!

Am Sonnabend, nachmittags um 4 Uhr findet auf dem **Theaterplatz** eine **Kundgebung des ADGB** statt. Diese Kundgebung bedeutet den Abschluß der Werbewoche für die Gewerkschaften. Als Redner sind zu dieser Kundgebung angekündet: Viktor Stein, Wien, Rudolf Wissel, Berlin, August Brey, Hannover und Arndt, Dresden.

Wenn auch die Gewerkschaftsbureaukraten die Kampagne ausnutzen, um in den Betrieben gegen die Kommunisten zu hetzen — uns wird mitgeteilt, daß verschiedene Redner dabei mit den tollsten Unwahrheiten operieren —, **so ist es dennoch gerade die Aufgabe der kommunistischen Arbeiter, sich an dieser Veranstaltung zahlreich zu beteiligen.**

Wir demonstrieren nicht unser Einverständnis mit den reformistischen Führern, wir demonstrieren **für die Einheitsfront des Proletariats,** für die Zusammenarbeit aller Unterdrückten, den gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeuter. Kein kommunistischer Arbeiter darf fehlen. Der Aufmarsch muß gleichzeitig zu einem Bekenntnis für die Rote Front werden. Unter den roten Fahnen müssen die Massen aufziehen.

Wir wissen, die Gewerkschaftsführer sehen uns nicht gern beim Aufmarsch, sie hassen uns, weil wir den Klassenkampf wollen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben mit uns das gleiche Ziel. Sie drückt die gleiche Not. Sie wollen deswegen auch mit uns den gemeinsamen Kampf, wie wir mit ihnen. Die Arbeiter stehen einmütig gegen ihre Ausbeuter und Feinde. Die Führer haben ein um das andere Mal ein Bekenntnis für die Gemeinsamkeit mit den Kapitalisten abgegeben. Sie wollen den Wirtschafts„frieden", die Wirtschaftsdemokratie. Der Weg der Führer der Gewerkschaften ist nicht unser Weg. Aber wir wollen mit den sozialdemokratischen Arbeitern gemeinsam marschieren.

Wir rufen den Unorganisierten zu, daß nur dann, wenn sie sich organisieren, sie um die Besserung ihrer Lage wirklich kämpfen können. Hinein in die Gewerkschaften! Machen wir die Gewerkschaften stark, dann zu Kampforganen. Deshalb:

Keiner darf am Sonnabend zu der Kundgebung fehlen! Alle heraus zum Theaterplatz! Für die gemeinsame Front des Proletariats!

Leipart propagiert die Gemeinschaft mit den Unternehmern

Berlin, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären sprach gestern abend Theodor Leipart, Vorsitzender des ADGB, und führte u. a. aus, daß die Gewerkschaften — er meint natürlich die Gewerkschaftsführer — **an der Forderung der Wirtschaftsdemokratie festhalten,** da sie **durchzuführen nicht** nur im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liege. Zur Stärkung der Gewerkschaften sei die Förderung der Konsumgenossenschaften, Bauhütten und Wohnungsfürsorgegesellschaften notwendig. Er erklärt dann wörtlich: „Wir müssen auch die Behauptungen der Unternehmer zurückweisen, daß die Gewerkschaften sich nur in Kämpfen um Erhöhung der Löhne erschöpfen, sich aber außerhalb der Wirtschaft stellen. Wir stehen im Gegenteil mit beiden Füßen in der Wirtschaft und werden uns auch nicht verdrängen lassen, sondern uns noch mehr an Einfluß zu verschaffen wissen. Wir fordern aber auch, daß eine vernünftige Lohn- und Wirtschaftspolitik getrieben wird." Wie diese aussehen soll, wurde von Leipart nicht verraten.

Die Gewerkschaftsbureaukratie arbeitet mit aller Entschiedenheit, dem Verlangen der Unternehmer entgegenzukommen. Die Gewerkschaftswerbewoche muß deswegen benutzt werden, um die Massen gleichzeitig über die Verratspolitik der Gewerkschaften aufzuklären und sie zu mobilisieren, die Pläne der Bureaukraten zu verhindern.

Für geschlossene Front gegen die Reaktion! Für eine einheitliche Partei!

Die gestern im „Bürgerkasino" tagende Konferenz der Parteiarbeiter Groß-Dresdens beschäftigte sich mit dem neuerlichen Vorstoß der Ultralinken, der als ein hinterhältiger, konterrevolutionärer Angriff gegen die Partei auf das entschiedenste gebrandmarkt wurde.

Die Partei befindet sich in einem ernsten Stadium vorbereitender Arbeiten, der Kongreß der Werktätigen im Reich, die Wahlen in Sachsen erfordern die Anspannung aller Kräfte.

Nur erbitterte Feinde der Arbeiterbewegung können jetzt einen Angriff auf die Partei organisieren.

Die Parteiarbeiter nahmen gegen die Parteispalter folgende

Entschließung

einstimmig an:

Die Parteiarbeiterversammlung von Groß-Dresden, zusammengetreten am 15. September 1926 im „Bürgerkasino", **nimmt** voller Entrüstung Kenntnis von der parteischädigenden **Wühlarbeit** einer politisch charakterlosen Opposition, die sich **fälschlicherweise** links **nennt.** Sie **fordert** von der gesamten Mitgliedschaft **und insbesondere** von dem ZK der Partei, daß der **Kampf** gegen die Versuche, die KPD zu spalten, mit aller Energie und mit allen **Mitteln geführt** wird gegen jene Genossen, die innerhalb der Partei führende Funktionen bekleiden. Wir appellieren an jene Genossen, die als Betriebsarbeiter die „Erklärung" unterschrieben haben, die Unterschrift zurückzuziehen und in einer Front mit der Gesamtpartei an der Erfüllung unserer großen Aufgaben mitzuarbeiten.

Insbesondere die Mitgliedschaft des Bezirks Ostsachsen muß **jede Fraktionsbildung in** der Partei und jeden Versuch der **Parteispaltung entschieden zurückweisen,** sollen die vor uns stehenden Aufgaben: Kongreß der Werktätigen, Wahlen zum Landesparlament und Gemeinden, mit Erfolg durchgeführt werden.

Wer jetzt, in einer Zeit schärfster Angriffe der Bourgeoisie gegen das Weltproletariat, Zersetzung in unsere Reihen trägt, muß als Feind der Revolution behandelt werden.

Rasendes Anwachsen der Typhusepidemie

2000 Kranke, 40 Tote in Hannover. — Ausbreitung in der Umgebung. — Uebergreifen auf Magdeburg. — Höhepunkt noch nicht erreicht!

Hannover. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Typhuserkrankten ist auf annähernd 2000 gestiegen. Ungefähr 40 Todesfälle sind zu verzeichnen. — Die Typhusepidemie ist auf die Orte Barsinghausen, Empelde, Egestorf, Letter und Seelze im Landkreise Linden übergesprungen. Auch dort rechnet man, nach einer Mitteilung des Landratsamtes, mit einer weiteren Ausdehnung der Seuche. Wie die „Welt am Abend" mitteilt, werden die ungenügenden sanitären Abwehreinrichtungen der Stadt zur Seuchenbekämpfung in Hannover dahingehend von Apotheken und Drogisten ausgenützt, daß man die tollsten Dinge als angeblich „beste Desinfektionsmittel" der rat- und hilflosen Bevölkerung anbietet. — In Magdeburg beträgt die bisher gemeldete Zahl der Typhuserkrankten 40 und in Hamburg 11. — Auch für Hannover erklärt man amtlich, daß die Typhusepidemie ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe.

Die rasende Ausbreitung der Epidemie zeigt ein erschreckendes Bild der Korrumpiertheit kapitalistischen „Gesundheitswesens". Für „Gesundheitsausstellungen", Museen, militärische und reaktionäre Zwecke werden Riesensummen verschleudert, für den Kampf gegen verheerende Epidemien sind nicht die geringsten Vorkehrungen getroffen. Wer anders als die ärmsten Schichten fällt der Seuche zum Opfer? Die Besitzenden flüchten aus der verpesteten Luft der Städte in Villen aufs Land, an die See oder ins Gebirge.

Die **Schuld** für die schutzlose Auslieferung der arbeitenden Bevölkerung an die Seuche ist die ganze kapitalistische Gesellschaft, deren Methoden die Körper der Proletarier gegen die Wirkungen des infizierten Wassers widerstandsunfähig machen.

In der bürgerlichen Presse beginnen nun auch Aerzte das vollständige Versagen der Behörden anzugreifen. Wir fordern, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch dieses furchtbare Beispiel muß den Werktätigen zeigen, daß eine wirkliche Hebung der Volksgesundheit nur durch den entschlossenen Kampf gegen das kapitalistische System dieser Scheinrepublik durchgeführt werden kann.

Paratyphus in Duisburg

Duisburg, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) **60 Personen sind infolge Genusses von verdorbenen Fleischwaren an Paratyphus erkrankt.**

China verlangt Respektierung seiner Souveränität

Genf, 15. September. (Telunion.) Zum Schluß der heutigen Nachmittagssitzung der Bundesversammlung ergriff nach der Abstimmung über das Ratsprojekt nochmals der chinesische erste Delegierte Chu das Wort. Er erhob, wie bereits bei den früheren Bundesversammlungen, energischen Protest dagegen, daß China noch immer nicht von den ausländischen Staaten als souveräne Macht anerkannt werde. Er verlangte ferner auch wie bisher, Revision der ausländischen Verträge Chinas. Es sei für die Zukunft nicht mehr möglich, China, das Mitglied des Völkerbundes sei, nicht als souveräne Macht anzuerkennen. Ferner beschwerte sich Chu über die Behandlung, die China während der Zollkonferenz durch andere Mächte erfahren habe. Er wies darauf hin, daß zwischen Deutschland und China ein Wirtschaftsvertrag abgeschlossen worden ist auf dem Fuße der Gleichberechtigung, der gestern im Generalsekretariat des Völkerbundes deponiert worden sei.

EPA

Aus dem „demokratischen" England

Diese drei Buchstaben sind heute jedem englischen Arbeiter nur zu vertraut. EPA (Emergency Powers Act — Notstands-Ermächtigungsgesetz) bedeutet Ausnahmezustand, Willkürherrschaft von Polizei und Militär, Bewaffnung faschistischer Bürgergarden zum Kampfe gegen die Arbeiterschaft, Verfolgung jeder revolutionären Regung, Unterdrückung der Presse- und Versammlungsfreiheit — weiße Diktatur.

Das Ausnahmegesetz in Großbritannien ist erst wenige Jahre alt. Als im Jahre 1920 zum ersten Male nach dem Kriege eine wirkliche revolutionäre Massenbewegung unter der Parole „Hände weg von Sowjetrußland!" den Kampf aufnahm gegen die beabsichtigte britische Intervention in Rußland, empfand die britische Bourgeoisie die Notwendigkeit einer schärferen gesetzlichen Waffe gegen die Arbeiterschaft. Dies um so mehr, als der Gewerkschaftsrat und die Zentrale der Arbeiterpartei unter dem Drucke der Massenbewegung einen Aktionsausschuß einsetzten und auf einer Konferenz der Regierung im Falle einer britischen Intervention gegen Sowjetrußland den Krieg bis zum letzten ansagten.

In dieser gefährlichen Lage nahm die Bourgeoisie die erste sich bietende Gelegenheit wahr — anläßlich der damaligen Kohlenkrise wurde im Oktober 1920 ein „Notstands"-Gesetzentwurf eingereicht und vom Unterhause angenommen. Die Regierung bemühte sich, diesem Entwurf ein möglichst harmloses Aussehen zu geben, aber aus den Reden Bonar Laws, des Hauptsprechers für das Ausnahmegesetz, ging klar hervor, was man unter einem „Notstand" zu verstehen hatte.

Das Gesetz bestimmt, daß der König im Falle eines „Notstandes" die Machtvollkommenheiten der Regierung zur „Aufrechterhaltung des Friedens ungeheuer erweitern kann. Die Macht des Parlaments schrumpft auf ein Minimum zusammen. Die Regierung stützt sich ausschließlich auf die bewaffnete Staatsmacht und die Ausnahmegerichte. Sie kann Land, Transportmittel, Werften und Lebensmittelvorräte zeitweilig gegen Entschädigung in Besitz nehmen. Die Rechte der Polizei werden erweitert; Verhaftung und Haussuchungen können ohne schriftlichen Befehl und lediglich auf unbestimmten Verdacht hin vorgenommen werden; jedermann kann auf der Straße angehalten und kontrolliert werden; Waffenträgen für Arbeiter ist verboten und als strafbare „Waffe" gilt bereits ein Stein! Es ist ein Verbrechen, sich einem Bergwerk, einer Eisenbahn oder einer Werft auch nur zu nähern, selbst wenn man keinerlei Schaden anrichtet. Personen mit „schlechtem Ruf", die eines Verbrechens angeklagt sind, können ohne Beweismaterial verurteilt werden, denn ihr „schlechter Ruf" gilt als Beweis für ihre Schuld. Militärpersonen können jederzeit zur Streikbrecherarbeit abkommandiert werden, und jede Person, die unter militärische Gerichtsbarkeit fällt, ist verpflichtet, solche Arbeit zu leisten. Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden abgeschafft.

Der erste Schritt der britischen Regierung beim Ausbruch des Generalstreiks war die Proklamierung dieses Ausnahmezustandes, der Militärdiktatur. Alle Bestimmungen des Ausnahmegesetzes wurden mit größter Rücksichtslosigkeit durchgeführt. Allein in der Zeit zwischen dem 3. und 12. Mai wurden über 2000 Verhaftungen von streikenden Arbeitern vorgenommen. Obwohl die Zahl der organisierten Kommunisten in Großbritannien nur ein Tausendstel der organisierten Arbeiterschaft beträgt, waren nicht weniger als ein Zehntel der Verhafteten Kommunisten. Selbstverständlich wurden die Gefangenen nicht vor Laiengerichte gestellt. Sie wurden im beschleunigten Verfahren von Polizeigerichten und Friedensrichtern abgeurteilt. Wie „überparteilich" sich diese Gerichte während des Generalstreiks betätigt haben, beweist die Tatsache, daß sogar der faschistenfreundliche Innenminister Joynson-Hicks sich gezwungen fühlte, einige der Friedensrichter, die ihre reaktionären Anschauungen zu offen in den Verhandlungen geäußert hatten, zu rügen.

Einige Gerichtsberichte bürgerlicher englischer Zeitungen aus der Zeit nach dem Generalstreik illustrieren am besten die „Rechtsverhältnisse", die im „liberalen" England unter dem Ausnahmezustand auch heute noch bestehen.

Polizeigericht Gateshead, 20. Mai 1926. Ein Bergarbeiter, Rowland Hills, war angeklagt, „Rothern Light" (Nordlicht) vertrieben zu haben. Er hatte dies Arbeiter-Propagandablatt tatsächlich verkauft. Ein Polizist stellte fest, daß der Angeklagte Mitglied des „kommunistischen Verbandes" sei. Der Verteidiger leugnete dies. Der Richter, der den Angeklagten zu drei Monaten Zuchthaus verurteilte, nannte ihn einen „Straßenlümmel" (hooligan) und fragte: „Warum gehen Sie nicht nach Rußland?... Ich persönlich würde mich gerne dafür einsetzen, daß wir Euch alle loswürden." (Blandon Courier, 22. Mai.)

Polizeigericht Pontefract, 12. Juni 1926. William Birkhead, ein Arbeiter aus Bradford, erhielt drei Monate Zuchthaus für eine Rede, in der er die Gewerkschaftsführer angegriffen und die Armee, die Flotte, die Polizeimacht und die Zivilbehörden als „Instrumente der Kapitalisten" bezeichnet hatte. (Manchester Guardian, 15. Juni.)

Polizeigericht Doncaster, 15. Mai 1926. Thomas Pulvis, Bergarbeiter, wurde zu drei Monaten Zuchthaus und 100 £ (2000 Mark) Geldstrafe verurteilt wegen verschiedener Aeußerungen, die er in seiner eigenen Wohnung gegenüber der Polizei gemacht hatte. „Der Gefangene... hatte sich augenscheinlich mit Propaganda bei seinen Besuchern versucht." Der Vorsitzende verglich diesen Fall, obwohl er keine definitiven Beweise in Händen hatte, mit ähnlichen Fällen von einigen Tagen zuvor und verurteilte den Angeklagten, nachdem er ihn als einen sehr „gefährlichen Mann" bezeichnet hatte.

Frederik Warson, ein Bewohner desselben Hauses, erhielt einen Monat Gefängnis, weil er gesagt hatte: „Ich werde ihn unterstützen, wir sind alle Freunde." Die einfache Tatsache, daß er in Pulvis Wohnung gezogen war, wurde als Beweis für Warsons Teilnahme am Verbrechen seines Mitgefangenen angesehen. (Doncaster Gazette, 21. Mai 1926.)

Ein Londoner Polizeigericht, 12. Mai 1926. Ein fünfzehnjähriger Knabe, der „seine Meinung geäußert" hatte, durch Bekritzelung eines Regierungsplakates, veranlaßte den Richter zu der Aeußerung: „Ihm täte eine Tracht Prügel mit der Pferdepeitsche wohler, als irgend etwas anderes." (Manchester Guardian, 13. Mai.)

Es ist kaum notwendig, diesen Berichten bürgerlicher Zeitungen, die nur eine kleine Auswahl aus einer Riesenfülle ähnlichen Materials darstellen, irgendein Kommentar hinzuzufügen.

Noch heute **befinden sich in England auf Grund der Ausnahmegesetze über 500 revolutionäre Arbeiter in den Gefängnissen.** Täglich werden neue Verhaftungen von streikenden Bergarbeitern vorgenommen und rücksichtslose Gefängnisurteile gefällt. Angesichts dieser fortdauernden Verfolgungen hat die Rote Hilfe Englands einen von dem Führern des Bergarbeiterverbandes unterzeichneten Aufruf herausgegeben, in dem dringend zu Geldsammlungen für die Rote Hilfe zur Unterstützung der verfolgten Bergarbeiter aufgefordert und auf die glänzenden Leistungen der Roten Hilfe während des Generalstreiks hingewiesen wird. Dieser Appell, der an die Arbeiter Großbritanniens gerichtet ist, hat auch internationale Geltung und sollte die Arbeiter aller Länder veranlassen, auch denjenigen, die als Opfer des heldenhaften Kampfes der britischen Bergarbeiter in den Gefängnissen schmachten, ihre praktische Solidarität zu beweisen.

SLUB
Wir führen Wissen.